

Zusatzantrag

der Abgeordneten Dr. Gabriele Von Gimborn, Dr. Walter Laki, Dr. Herbert Machacek,
Walter Naderer, Gerhard Razborcan, Ing. Martin Huber und Karl Bader

gemäß § 60 LGO 2001

zum Verhandlungsgegenstand Ltg.-357/A-3/22-2014

Betreffend **Einführung von Studiengebühren für nicht österreichische Studenten**

Rund 20 Prozent der in Österreich Studierenden sind aus dem Ausland. Österreich finanziert zwar ihre Ausbildung, profitiert aber wenig von ihnen. "Die Presse" zeigte das bereits 2013 sehr deutlich auf! Während andere Staaten Zugangshürden einsetzen und Studieninteressenten reihenweise abweisen, empfängt Österreich in den meisten Fächern auch ausländische Studierende mit offenen Armen, also auch Jene, die für ein Studium in ihrem Heimatland wegen eines zu schlechten Notendurchschnitts nicht studieren dürfen. So hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl ausländischer Studierender mehr als verdoppelt. Es müsste im Interesse Österreichs sein, nur die besten und fleißigsten Ausländer auszubilden. Immerhin tragen die heimischen Steuerzahler die Kosten dieser „Hochschulflüchtlinge“. Die Realität sieht aber anders aus: Ausländer brauchen nicht nur länger für den Abschluss, sie brechen das Studium auch deutlich häufiger ab.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein dem EU-Recht entsprechendes System geschaffen wird, wodurch verhindert wird, dass in Österreich Studierende mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft den österreichischen Staat weiterhin in diesem hohen Ausmaß belasten.“